

Protokoll

über die Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses, sowie des Bau-, Planungs-, Landwirtschafts-, Umwelt-, und
Forstausschusses

am Donnerstag, dem 13. Oktober 2011, 19:30 Uhr

im kleinen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

Anwesend:

vom Haupt- und Finanzausschuss:

Vorsitzender Herr Rolf Landgraf (ZBK)
Herr Oswin Jäger in Vertretung für Herrn Martin Bereiter (CDU)
Herr Roger Nisch in Vertretung für Herrn Raoul Giebenhain (SPD)
Herr Willi Reichert (CDU)
Herr Thomas Riedel (BL)
Herr Steffen Urich (ZBK)
Herr Gerhard Zeltner (SPD)
entschuldigt: Herr Martin Bereiter (CDU)
Herr Raoul Giebenhain (SPD)

vom Bau- und Planungsausschuss:

Vorsitzender Herr Frank Bittner (SPD)
Herr Ludwig Fleck (CDU)
Frau Sabine Trumpfheller in Vertretung für Herrn Jochen Blatz (CDU)
Herr Willi Jäckel (SPD)
Frau Heike Jäger in Vertretung für Herrn Martin Schlingmann (ZBK)
Frau Beate Beerbohm in Vertretung für Herrn Dr. Georg Strack (ZBK)
entschuldigt: Herr Thomas Riedel in Vertretung für Herrn Bernd Gottschalk (BL)
Herr Jochen Blatz (CDU)
Herr Martin Schlingmann (ZBK)
Herr Dr. Georg Strack (ZBK)
Herr Bernd Gottschalk (BL)

vom Magistrat:

Bürgermeister Uwe Veith (Parteilos)

Von der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Hedwig Seiler (Grüne)
Herr Gernot Hofmann (SPD)
Herr Reinhold Nisch (SPD)
Herr Jürgen Reeg (SPD)

von der Verwaltung:

Hauptamtsleiter Thomas Lust
Stadtbaumeister Matthias Paul
Schriftführerin Melanie Weidtmann

von der Presse:

Herr Schwinn

zu TOP 4 erschienen

Herr Mecke (FD, Forstamt)
Herr Weiß (Forstamt)

Der Vorsitzende des H & F Ausschusses, Herr Landgraf, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden von Magistrat, Verwaltung, Politik, Presse und insbesondere die zu den TOP's erschienenen Gäste.

Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und erklärt des Weiteren, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgte.

Auch B & P Vorsitzender Herr Bittner begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des

B & P Ausschusses fest. Ferner gibt er bekannt, dass er in Abwechslung mit dem Vorsitzenden des H&F Ausschusses Herrn Landgraf, die Leitung der Sitzung übernehmen wird.

Folgende Tagesordnung ist vorgeschlagen:

- 1.) **Beratung und Beschlussempfehlung über den Waldwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2012**
 - 2.) **Mitteilungen**
 - 3.) **Beratung und Beschlussempfehlung der Überleitung der städtischen Bediensteten in den TVÖD**
 - 4.) **Beratung und Beschlussempfehlung über eine Bauleitplanung der Stadt Bad König „Hintere Bebauung Berggartenstraße „ zwischen Kimbacher Straße und Höhenstraße hier: Vorbereitung eines Vertrages durch die HLG**
 - 5.) **Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2011
Hier: Titel „Qualitätsstadt“**
 - 6.) **Beratung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.2011
Hier: Wiedereröffnung Jugendtreff/Einstellung einer Fachkraft**
 - 7.) **Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD – Fraktion vom 14.09.2011
Hier: Erstellung eines Integrationsplans**
 - 8.) **Beratung über den Antrag der CDU – Fraktion vom 15.09.2011
Hier: Wiederaufnahme der Jugendarbeit in Bad König**
 - 9.) **Beratung und Beschlussempfehlung über die Umbenennung der Paul-Zander-Straße**
 - 10.) **Beratung und Beschlussempfehlung über eine Änderungssatzung Friedhof Fürstengrund**
 - 11.) **Anfragen**
 - 12.) **Beratung über eine Anfrage bezüglich des Ankaufes einer städtischen Teilgrundstücksfläche**
-

Da keine Bedenken gegen die Tagesordnung erhoben werden, ruft der Vorsitzenden des B & P Ausschusses Herr Bittner TOP 1 auf.

TOP 1 Beratung und Beschlussempfehlung über den Waldwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2012

Herr Bittner erteilt zu diesem TOP dem Forstdirektor, Herrn Mecke, das Wort.

Herr Mecke erläutert anhand vorbereiteter Folien den Waldwirtschaftsplan 2011 und verdeutlicht anhand von Diagrammdarstellungen die Bedeutung des Zahlenwerkes. Es lässt sich erfreulicherweise, trotz Wirtschaftskrise, eine positive Bilanz für 2011 erstellen. Der Entwurf schließt mit einem überdurchschnittlich positiven Ergebnis von 80.340,- € (Vergleichsjahr 2010: 23.020,- €).

Da das Land in diesem Jahr den Wegebau fördert ist man sich einig, dass hierfür Gelder verwendet werden sollten. In welchem Umfang soll noch geklärt werden. Da es hierzu keine weiteren Wortmeldungen gibt, bitten die Vorsitzenden um Abstimmung über die folgenden Beschlussvorschläge.

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum vorliegenden Entwurf des Waldwirtschaftsplanes 2012.

Die Mitglieder des B & P Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit 7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum vorliegenden Entwurf des Waldwirtschaftsplanes 2012.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit 7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.

TOP 2 Mitteilungen

Der Vorsitzende Herr Bittner erteilt zu diesem TOP dem Bürgermeister das Wort.

Bürgermeister Veith berichtet über die folgenden Projekte:

- **Sanierung Straßenschäden:**

Seit einer Woche ist die Firma Weber mit der Erledigung des Sonderprogramms „Winterschäden – Straßensanierungen“ bei der Ausführung. Der erste Abschnitt Weyprechtstraße /Bahnhofstraße bis zur freiwilligen Feuerwehr wird heute abgeschlossen. In den Herbstferien wird vereinbarungsgemäß anschließend der zweite Abschnitt bis zur Oskar-Zimper-Straße erledigt werden, um den Schulbusverkehr mit Beginn der Schule die Zufahrt zu ermöglichen. Die Abschnitte 3 (Ortsausgang Richtung Momart), sowie der vierte (vor dem Ortseingang Momart) werden folgen.

- Kinder Garten Etzen-Gesäß Neu- An- und Umbau:

Am Samstag ist feierliche Eröffnung der zwei neu geschaffenen U-3 Kindergartengruppen. Bis auf wenige Restarbeiten bei der Außenanlage ist alles Zeit- und Kostengerecht erledigt worden. Obwohl durch behördliche Auflagen ca.: 12 TSD € mehr ausgegeben werden musste, konnte durch Einsparungen (ein Dank ergeht hier an den Bauhof der durch Übernahme einiger Arbeiten: wie umsetzen des Gastanks, Erdarbeiten, Einzäunungen, Terrasse konnten zusätzlich Kosten vermieden werden) die kalkulierte Gesamtausgabe von Brutto 349 TSD unterschritten werden
(z.Zt. liegt die Gesamtsumme bei ca.: 340 TSD €.

- Wasserspielplatz Kurpark:

Aufgrund der behördlichen Vorgaben der Naturschutzbehörde können die Ausführungsarbeiten Vorort leider erst jetzt richtig losgehen. In den nächsten Tagen - Helfer werden auf der Baustelle gerne gesehen – werden die Bodenmodulationen angegangen werden und sowohl die bisherige, in der Sommermonaten gefertigten, Objekte installiert und weitere Objekte, wie Einfassungsmauer etc. erstellt werden. Stadtrat Hofmann hat hierzu auch einen Artikel in den Stadtnachrichten eingestellt.

Da es keine weiteren Mitteilungen und keine Fragen hierzu mehr gibt, ruft der Vorsitzende Bittner TOP 3 auf und gibt die Leitung an Herrn Landgraf weiter.

TOP 3 Beratung und Beschlussempfehlung der Überleitung der städtischen Bediensteten in den TVÖD

Herr Landgraf erläutert, dass der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) mehrere Tarifverträge für die Beschäftigten bei Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung zusammenfasst. Am 1. Oktober 2005 ist zunächst der TVöD für die Beschäftigten der Bundesverwaltung und der Kommunen in Deutschland in Kraft getreten und löste dort den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) sowie die parallel bestehenden Tarifverträge für Arbeiter/innen des Bundes und der kommunalen Arbeitgeber weitgehend ab. In jedem TVöD gibt es eine einheitliche Entgelttabelle für alle Beschäftigten (die Unterscheidung in Angestellte und Arbeiter fällt weg), sie besteht aus 15 Entgeltgruppen.

Durch die Umstellung ist zunächst mit Mehrkosten in Höhe von rund 63.000.- € zu rechnen.

Zum Antrag erläutert Amtsleiter Herr Lust, dass Im Einklang mit den Stadtverordneten über alle Fraktionen hinweg und aufgrund mehrerer Hinweise der Kommunalaufsicht der Magistrat beschlossen hat, die Bediensteten der Stadt Bad König in den TVöD überzuleiten. Mit Ausnahme des Berliner Senates, sowie der Stadt Bad König hält bundesweit derzeit keine Kommune mehr an dem Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) fest.

Wesentliche Neuerung des TVöD sind die Vereinheitlichung des Tarifwerks für Arbeiter, Angestellte und Pflegebeschäftigte sowie die Abkehr von der dienstalters- und familienbezogenen Bezahlung hin zu einer erfahrungs- und leistungsorientierten Vergütung. Durch das Prinzip der Wippe sollen nach einer im Vergleich zum BAT

zunächst abgesenkten Eingangsstufe jüngere Beschäftigte zunächst ein relativ höheres Entgelt erzielen und Ältere dann ein entsprechend geringeres.

Herr Roger Nisch betont, dass aus seiner Sicht die Umstellung längst überfällig und der einzig richtige Schritt ist, um für den Bereich des Öffentlichen Dienst Anreize zu schaffen.

Herr Reinhold Nisch erinnert, dass man als Arbeitgeber gegenüber den Bediensteten auch eine gewisse Fürsorgepflicht hat. Bei einer Inflationsrate von 2,6% hat dies für die Bediensteten de facto ohnehin zu einer Reallohnkürzung geführt.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden vom Bürgermeister und Herrn Lust beantwortet.

Es ergibt sich Angesichts der komplexen Situation eine rege Diskussion mit dem Kontext, dass zu dieser Angelegenheit noch Beratungsbedarf besteht.

Vorsitzende Landgraf bittet um Abstimmung über den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Überleitung der städtischen Bediensteten in den TVÖD zum 01.01.2012 zu beschließen.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit

**3 x Ja – Stimmen
0 x Nein – Stimme und
4 x Enthaltungen zu.**

Vorsitzende Landgraf ruft TOP 4 auf und gibt die Leitung an Herrn Bittner weiter.

TOP 4 Beratung und Beschlussempfehlung über eine Bauleitplanung der Stadt Bad König „Hinter Bebauung Berggartenstraße „ zwischen Kimbacher Straße und Höhenstraße hier: Vorbereitung eines Vertrages durch die HLG

Herr Bittner bittet den Stadtbaumeister um Erläuterung der von der Verwaltung eingebrachten Vorlage. Herr Paul erläutert anhand von Planaushängen drei grundsätzlicher Möglichkeiten:

1. Eine Lösung die entgegen den Willen der Höhenstraßeneigentümern, eine Erschließung an die Höhenstraße anbindet.
Den ablehnenden Parteien wird lediglich eine Umlegungsfläche von ca. 150m² abgefordert (hierfür erhalten Sie einen geldwerten Ausgleich in Höhe von ca. 125,00 €/m²).
Die baurechtlichen Möglichkeiten ergeben sich hierfür gem. § 1 BauGB unter besonderer Beachtung § 1 (7) BauGB (vgl. Anlage) s. R.

Eine Bebauungsmöglichkeit gem. § 34 BauGB entlang der Höhenstraße bleibt den beiden Parteien unbenommen, ebenso die Anbaumöglichkeit für Häuser Nr. 12 und Nr. 14 „Am Hirtenberg“.

Als weiteres Entgegenkommen gegenüber den ablehnenden Parteien, könnte ein Verzicht auf Beteiligung bei den Erschließungskosten (Kanal, Wasser, Straße) sein, sofern diese auf eine Anbindung bzw. Ver- und Entsorgung verzichten (durch B-Planung sicherzustellen!)

2. Eine Lösung die mittels „Sackgasse“ und zwei Wendehämmern ausschließlich die Grundstücke der Befürworter erschließt und damit nicht in Konflikt mit den ablehnenden Parteien geht.

Hierbei entstehen (durch dann notwendigen Begegnungsverkehr) gewisse Verkehrsprobleme im Gebiet selbst (die aber aufgrund der überschaubaren Bebauung von max. 10 Häusern evtl. hinnehmbar wären), aber vor allem Sicherheitsprobleme durch eine Ein- und Ausfahrt im Kurvenbereich der Berggartenstraße.

Außerdem ist auch bei der Wasserversorgung mittels „Sackleitung“ (im Gegensatz zur möglichen Ringleitung Variante 1) nur die zweitbeste Wasserversorgung erzielbar. Zudem ist der Flächenverbrauch für die Erschließung wesentlich höher, damit entstehen zwangsläufig höhere Erschließungskosten (auch für die Stadt →10%-Anteil).

3. Die rechtlich sicherste Variante ist die, bei denen auch die unbebauten Grundstücke der z.Z. ablehnenden Parteien mit überplant werden. Sowohl Planung und Umlegung, - sofern die Bearbeitung korrekt erfolgt, sind gemäß BauGB zulässig. Mit korrekt erfolgten Bauleitplan- und Umlegungsbearbeitungen gem. BauGB wäre die Planung von den Planungsgegnern allenfalls zu verzögern, aber nicht zu verhindern. Insofern wären aber ggf. Zeitverzögerungen im B-Plan und Umlegungsverfahren zu erwarten.

Die Vorhergehensweise in dieser Angelegenheit weist mit Sicherheit Grundsatzcharakter für diese und für zukünftige Bauleitplanungen auf und sollte diesbezüglich mit politischem Mehrheitswillen entschieden werden.

Aus seiner Sicht, so Herr Paul wird die Lösung 1, die als Kompromiss zwischen den beiden privaten Interessen und dem öffentlichen Erschließungsinteresse anzusehen ist, leider nicht durchzuführen sein. Die Verwaltung muss aus rechtlichen Gründen die Überplanung des gesamten Bereichs empfehlen.

In der sich anschließenden Diskussion wird von den Ausschussmitgliedern insbesondere die Veränderung hinsichtlich der Verkehrssituation im Fall einer Überplanung erörtert.

Der Vorschlag des Ausschussmitgliedes Thomas Riedel einen „vierten Variantenvorschlag – mit Zufahrt alleinig über die Höhenstraße - zu überdenken, trifft auf große Akzeptanz und allgemeine Zustimmung. Diese Variante soll zeichnerisch dargestellt und von der HLG auch bewertet werden.

Herr Paul sichert zu, diesen Gedanke planerisch als weitere Variante darzustellen. Sollte hinsichtlich der „Bauleitplanung Berggartenstraße“ eine weitere Beauftragung der HLG erfolgen, wird künftig dieser Vorschlag dann auch Bestandteil einer weiteren Beratung und kalkulatorische Berechnung sein.

Da es hierzu keine weiteren Mitteilungen und Fragen gibt, bittet der Vorsitzende Bittner um Abstimmung über den folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den folgenden Beschluss zu fassen:

Die STVV beschließt, dass die HLG nach Aktualisierung Ihrer Kostenkalkulation auf Grundlage einer kompletten Überplanung des Gebietes (bei den „neuen“ Eigentümern sind die Vorstellungen zur Bauleitplanung ebenfalls zu aktualisieren), einen Planungs- und Erschließungsvertrag bzw. Projektabwicklungsvertrag „Hintere Berggarten Bebauung“ vorbereiten soll. Dieser soll nach erneuter Beratung im B & P und Beschluss der STVV mit der HLG abgeschlossen und der Einstieg in eine Baulandentwicklung „Hintere Berggartenstraße“ angegangen werden.

Die Mitglieder des B & P Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit 7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.

Vorsitzender Bittner ruft TOP 5 auf und gibt die Leitung an Herrn Landgraf ab.

TOP 5 Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 15.09.2011
Hier: Titel „Qualitätsstadt“

Der Vorsitzende bittet als Antragsteller Herrn Jäger von der CDU um Erläuterung.

Herr Jäger erklärt, dass das Ziel der Initiative die Image- und Servicequalitätsverbesserung des Handels, der Gastronomie, der Verwaltung und somit ganzer Städte und Gemeinden durch Steigerung von Servicequalität gegenüber Kundschaft, Gästen, Bürgern und Öffentlichkeit ist. Es genügt heute nicht mehr, den Kunden oder Besucher nur zufrieden zu stellen, vielmehr möchte dieser begeistert sein. Erst der Zustand der Begeisterung führt dazu, dass der Kunde wiederkommt, nicht abwandert, den Standort weiter empfiehlt und auch weniger preissensibel reagiert. Als Vehikel und äußeres Zeichen dieses Veränderungs-Prozesses, so Herr Jäger, dient das Qualitätssiegel „Service Qualität Deutschland“. Dieses kann nach erfolgreichem Abschluss der Maßnahmen im Rahmen des betrieblichen und örtlichen Marketings verwandt werden.

Die Mitglieder beraten über den zu erwartenden Nutzen für die Stadt und den in Relation damit verbundenen Aufwand.

Der Bürgermeister ergänzt, dass er vor ca. 2 Monaten hierzu ein Treffen mit Herrn Dieter (IGO) und Vertretern des Gewerbevereins und Frau Ollmann durchgeführt habe mit dem Ziel, Bad König als erste Stadt des Odenwaldes zertifizieren zu lassen. Das Interesse bei den Gewerbebetreibenden sei bisher

jedoch noch sehr verhalten, nun komme das Thema plötzlich als CDU-Antrag auf die Tagesordnung. Die Stadt und die Kurgesellschaft hatte von Anfang an ihre Bereitschaft signalisiert, aber ohne Gewerbebetreibende geht es nun mal nicht.

Da es hierzu keine weiteren Mitteilungen und Fragen gibt, bitten die Vorsitzenden um Abstimmung über die folgenden Beschlussvorschläge:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Magistrat zu beauftragen für den Titel „Qualitätsstadt“ tätig zu werden. Hier soll mit der folgenden Stelle Kontakt aufgenommen werden:

**Service Qualität Deutschland in Hessen; Hessischer Tourismusverband e.V.
Ansprechpartner : Koordinierungsstelle Sven Wolf.**

**Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit
7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.**

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Magistrat zu beauftragen für den Titel „Qualitätsstadt“ tätig zu werden. Hier soll mit der folgenden Stelle Kontakt aufgenommen werden:

**Service Qualität Deutschland in Hessen; Hessischer Tourismusverband e.V.
Ansprechpartner : Koordinierungsstelle Sven Wolf.**

**Die Mitglieder des B & P Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit
7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.**

Vorsitzende Landgraf ruft TOP 6 auf und gibt die Leitung an Herrn Bittner ab.

**TOP 6 Beratung über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.2011
Hier: Wiedereröffnung Jugendtreff/Einstellung einer Fachkraft**

Herr Bittner verliest den Antrag der Partei Bündnis 90/Die Grünen und erteilt Frau Seiler zur Erläuterung das Wort.

Zur Begründung des Antrags erklärt Frau Seiler, dass es für die Jugend enorm wichtig sei, einen Raum zum Treffen vorzufinden, damit sie sich nicht auf der Straße aufhalten müssen. Die Möglichkeit für eine sinnvolle Beschäftigung, sowie das Vorfinden eines Ansprechpartners und Betreuung schaffe Perspektiven.

Frau Seiler ergänzt, dass die Stelle eines Jugendbetreuers bereits im Haushalt 2011 eingestellt wurde und 2012 fortgeschrieben werden soll.
Die Räumlichkeiten sind vorhanden und müssen bei Bedarf vor einer weiteren Nutzung evtl. nur renoviert werden.

Der Antrag findet inhaltlich eine parteiübergreifende Zustimmung, jedoch wird die Einstellung einer Fachkraft aus finanziellen Gründen als problematisch gesehen.

Amtsleiter Lust und Bürgermeister Veith erklären, dass von Seiten der Kommunalaufsicht bereits am 27. September erklärt wurde, dass die Einstellung einer Jugendbetreuung nicht genehmigt werde.

Nach einer Diskussion über mögliche Alternativen fragt der Vorsitzende Frau Seiler, ob Sie evtl. einer Umformulierung des Antrages zustimmen werde.
Da Frau Seiler dies ablehnt, lassen die Vorsitzenden die Ausschüsse getrennt voneinander abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wiedereröffnung des Jugendzentrums, sowie die Einstellung einer Fachkraft.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses lehnen den Beschlussvorschlag mit

1	x	Ja – Stimmen	
3	x	Nein – Stimme	
3	x	Enthaltung	ab

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wiedereröffnung des Jugendzentrums sowie die Einstellung einer Fachkraft.

Die Mitglieder des B & P Ausschusses lehnen dem Beschlussvorschlag mit

0	x	Ja – Stimmen	
4	x	Nein – Stimme	
3	x	Enthaltung	ab

Im Anschluss auf die Abstimmungen ruft Vorsitzende Landgraf TOP 7 auf.

**TOP 7 Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD –
Fraktion vom 14.09.2011
Hier: Erstellung eines Integrationsplans**

Herr Pfalzgraf bittet als Vertreter der SPD Herrn Nisch um Erläuterungen.

Herr Reinhold Nisch erläutert, dass Integration ein wechselnder Prozess ist und nur gemeinsam gelingen kann.

Dazu bedarf es sowohl die Bereitschaft der einheimischen Bürgerinnen und Bürgern zu wecken aber auch die Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger mit Emigranten Hintergrund.

Heute leben in Deutschland rund 15 Millionen Menschen, die einen Migrationshintergrund haben. Dies ist fast ein Fünftel der Bevölkerung. Mehr als die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Viele sind in Deutschland geboren.

Sehr viele Migrantinnen und Migranten haben längst ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Sie sind erfolgreich und tragen mit ihren Fähigkeiten und Leistungen zum Wohlstand und zur gesellschaftlichen und kulturellen Vielfalt des Landes bei. Angesichts des demografischen Wandels und des weltweiten Wettbewerbs um die besten Köpfe müssen wir auch künftig Zuwanderung gezielt für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen Deutschlands nutzen. Auch dafür ist eine nachhaltige Integrationspolitik dringend erforderlich, und insbesondere in Bad König.

Der Antrag wird parteiübergreifend begrüßt.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt in Kooperation mit den Kandidatinnen und Kandidaten für den neu zu wählenden Ausländerbeirat, die hierzu bereits Ihr Interesse bekundet haben, einen Integrationsplan zu entwickeln, diesen offen zu legen und in regelmäßigen Abständen fortzuschreiben.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit

7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu

Im Anschluss auf die Abstimmung ruft Vorsitzende Landgraf TOP 8 auf.

TOP 8 Beratung über den Antrag der CDU – Fraktion vom 15.09.2011
Hier: Wiederaufnahme der Jugendarbeit in Bad König

Vorsitzenden Landgraf erteilt zu TOP 8 des von der CDU gestellten Antrags Herrn Jäger das Wort.

Aus Sicht von Herrn Jäger ist es sehr wichtig, die 2008 im Zusammenhang mit der Gründung eines Jugendforums begonnene Kooperation mit der Kinder- und Jugendförderung des Kreises wieder aufleben zu lassen. Das Projekt war zwischenzeitlich unter anderem deshalb eingeschlafen, weil nach dem Ausscheiden der damit betrauten Mitarbeiter in der Bad Königer Verwaltung kein Ansprechpartner mehr vorhanden war.

Bürgermeister Veith berichtet über das Ausscheiden von Frau Schledt, Dennis Weyrich und Melanie Zacke (die alle partiell in diese Projektarbeit eingebunden waren) und stellt klar, dass er im Moment im Bereich der städtischen Bediensteten keine freien Kapazitäten sieht. Durch den in den zurückliegenden Jahren betriebenen permanenten Personalabbau ist die Verwaltung zurzeit wirklich total ausgelastet und bei Urlaub oder Krankheit hat eine Person meist mehrere Vertretungen zusätzlich zu bewerkstelligen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat zeitnah mit der Kinder- und Jugendförderung des Odenwaldkreises Kontakt aufzunehmen, um sich für das Jahr 2012 die Unterstützung der Kreisbehörde zu sichern.

Zwingend notwendig ist für die Zusammenarbeit die Benennung einer Kontaktperson aus der Verwaltung.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit

7 x Ja – Stimmen (einstimmig) zu.

Im Anschluss auf die Abstimmung ruft Vorsitzende Landgraf TOP 9 auf.

TOP 9 Beratung und Beschlussempfehlung über die Umbenennung der Paul-Zander-Straße

Herr Landgraf erteilt zu diesem Tagesordnungspunkt der Antragstellerin, Frau Seiler das Wort.

Frau Seiler erklärt, dass Sie nach eingehender Prüfung der geschichtlichen Zusammenhänge zu der Überzeugung gekommen ist, dass eine Umbenennung der Straße unumgänglich sein muss.

Herr Reinhold Nisch gibt einen kurzen Abriss über die historischen Zusammenhänge um die Person Paul Zanders.

Bürgermeister Uwe Veith erklärt, dass bezüglich der Umbenennung auch eine Anliegerversammlung einberufen worden war.

Hierbei hatte sich eindeutig die Mehrheit der Anwohner gegen eine Umbenennung der Straße ausgesprochen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Wortlaut zu beschließen:

In Anbetracht der erst jetzt bekannt gewordenen Jubelrede, die Professor Dr. Paul Zander 1944 auf Hitler gehalten hat, würde man heute keine Straße mehr nach ihm benennen.

Auf Umbenennung der Paul-Zander –Straße wird aber verzichtet, weil Professor Zander als Mitglied der NSDAP niemanden direkt geschadet hat und als sozial eingestellter Arzt im hohen Maß verdienstvoll war.

Die Mitglieder des H & F Ausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag mit

**5 x Ja – Stimmen
1 x Nein – Stimmen
1 x Enthaltungen zu.**

Da laut Geschäftsordnung eine Sitzung längstens bis 22:30 Uhr dauern darf, schließen die Vorsitzenden Bittner und Landgraf einvernehmlich die Sitzung und vertagen die verbliebenen TOP auf einen neuen Sitzungstermin.



Frank Bittner
Vorsitzender des Bau-, Planungs-,
Landwirtschafts-, Umwelt- und
Forstausschusses



Rolf Landgraf
Vorsitzender
Haupt- und
Finanzausschusses



Melanie Weidtmann
Stadtbauamt
Schriftführerin